76. Jahrgang. Nr. 222 Donnerstag, 12. Mai 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugspreise bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.20 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Botenlohn), durch Postbezug 3.20 Mk. einschließlich 54 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7tägigem, wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 100 Pfg., außerhalb 250 Pfg. ohne Preisaufschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 25 Pfg., außerhalb 35 Pfg. Offertengebühr 50 Pfg. Nachweistage Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Sievich & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Brünings große Rede im Reichstag

Letzter Appell an die Gläubigerländer

Stimmungsbild unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 11. Mai. Im Mittelpunkt der Reichstagssitzung stand heute die Kanzlerrede, die sogar in den Stunden der traditionellen Mittagsruhe ein volles Haus und überfüllte Tribünen sah. Der Reichskanzler hat sich, wie schon des öfteren, mit dieser Rede einen Achtungserfolg geholt. Er vermochte dies um so leichter, als er die deutsche Innenpolitik eigentlich nur am Rande berührte und die Blicke der gesamten Zuhörerschaft auf außenpolitische Ziele konzentrierte. Wir haben bereits beim Ausbruch der letzten Krise um Warmbold betont, es könne als wahrscheinlich gelten, daß der Reichspräsident eine Um- oder Neubildung des Kabinetts vor der Lausanner Konferenz nicht vornehmen würde. Das gestrige Debakel mit Groener hat den im Kabinett seit langem latent vorhandenen Krisenerscheinungen neuerdings Nahrung gegeben. Deshalb galt es für Brüning, das politische Interesse umzugruppieren und nach Möglichkeit Gesichtspunkte in den Vordergrund zu stellen, die eine einhellige Meinungsbildung gewährleisten.

Brüning ist der letzte Mann des Kabinetts, der noch ein politisches Profil zeigt. Was um ihn herum noch übrig ist, lebt von der immer noch erstaunlich großen Widerstandsfähigkeit seiner Persönlichkeit.

Diese Regierung ist nichts als Brüning und nichts ohne Brüning. Wenn sich der Kanzler auf keinerlei innenpolitische Polemik einlassen wollte, dann hatte dies seinen Grund darin, daß er auf dem Gebiete der Innenpolitik Erfolgsmöglichkeiten kaum sieht, dagegen wohl persönlich fest davon überzeugt ist, auf der kommenden Reparationskonferenz für Deutschland Positives erreichen zu können. Schon am vergangenen Sonntag richtete der Reichskanzler einen durch seine eindeutigen Formulierungen aufsehenerregenden Appell an unsere Reparationsgläubiger. Der Kanzler hat dasselbe heute angesichts der Diplomatenloge getan, in der man sowohl den amerikanischen als auch den englischen Botschafter bemerkte. Keine Macht der Welt, so meinte Dr. Brüning, werde ihn davon abbringen, für eine Endlösung der Reparationsfrage in Lausanne zu kämpfen. Offenbar erhofft er von Lausanne eine reparationspolitische Endlösung, die seine bisherigen Mißerfolge auf innen-, finanz- und wirtschaftspolitischem Gebiete, aber auch auf dem Feld der Außenpolitik, vergessen macht. Als letzte Säule einer Regierung, die sich nicht einmal mehr in der Lage sah, einen Etat aufzustellen, die innerlich zerrüttet und uneinheitlich ist und in der fortgesetzt die einzelnen Exponenten versagen, setzt er, der Vertrauensmann des Reichspräsidenten,

alles auf die eine Karte von Lausanne.

Sicherlich wird er dort mit dem Mute der Verzweiflung fechten. Ob ihm das Glück, das bisher seinen außen- und innenpolitischen Aktionen versagt blieb, hold sein wird, kann erst die Zukunft lehren. **Der Reichstag wird Brüning in seiner Mehrheit noch einmal diese letzte Chance geben, die ihm wohl auch der Reichspräsident zugesteht.** Viele Vertröstungen auf Zukunftswechsel, die sich bisher nur allzu häufig als ungedeckt erwiesen, wird sich Dr. Brüning wohl nicht mehr leisten können. Die Worte indessen, die er heute an die Adresse des Auslandes richtete,

der Appell an die Staatsmänner, die der riesig und überall sich zeigenden Wirtschaftsnot nicht mehr ausweichen können,

war eindringlich genug, um dort ernst genommen zu werden, wo man bisher wenigstens glaubte, im Meere der Weltkrise gleichsam eine Insel der Seligen bilden zu können. Die französische Oeffentlichkeit wird sich auf die Dauer darüber keinen Illusionen mehr hingeben können, daß die Krise jetzt auch auf die Goldoase der französischen Republik übergegriffen hat und dort bereits fühlbar ihr Zerstörungswerk beginnt. Im übrigen ist der Kanzler deutlich von jener Art, Außenpolitik zu treiben, abgerückt, die für die frühere Periode im Zeichen Stresemanns beinahe typisch war. Für diesen Abschnitt war es kennzeichnend, daß die deutsche Außenpolitik regelmäßig im Endspurt die Nerven verlor, und daß der Gegner fast immer die Möglichkeit hatte, von der Finanz- und Wirtschaftsseite her die Position des Widerstandes der deutschen Regierung zu berennen und ins Wanken zu bringen. Damit verspricht Brüning in Lausanne endgültig Schluß zu machen. Es wird abzuwarten bleiben, ob ihm das gelingt. Sicherlich hat er den festen Willen dazu.

Ob die parlamentarische Gefolgschaft, auf die er sich heute stützt, das geeignete Fundament für eine solche Politik des äußersten Widerstandes ist, haben wir seit langem als sehr zweifelhaft bezeichnet. Es mag, wenn auch nicht richtig, so doch verständlich erscheinen, daß der Kanzler innenpolitische Umgruppierungen jetzt zu verhindern sucht, die ihm als einer sehr selbständigen Persönlichkeit den Abschluß des Kampfes gegen die Reparationen, wie er meint, erschweren könnten. Brüning lebt und wirkt in der Atmosphäre eines seligsamen republikanischen Gottesgnadentums. Er ist fest davon überzeugt, daß nur er und sein Weg Deutschland aus den Nöten der Gegenwart herausführen können, und dieser Glaube an sich selbst gibt ihm auch in Situationen Kraft, wo die Nerven anderer versagen. Das ist es auch, was ihn immer von neuem zu Reden befähigt, die seine letzten parlamentarischen Reserven mobilisieren und ihm immer wieder, wenn auch knappe Mehrheiten verschaffen.

Wie schon eingangs betont,

hat sich Brüning in sehr zurückhaltender, um nicht zu sagen konzilianter Form mit der Rechtsopposition auseinandergesetzt.

Ja, er sprach den Grundsätzen, die Strasser gestern geäußert hatte, sogar seine Zustimmung aus, warnte aber vor jedem Experiment, das die Währung beeinträchtigen könnte. Zum SA.-Verbot bekannte sich der Kanzler, wobei allerdings auffiel, daß er keine Veranlassung nahm, für die gestern von Groener verursachte Niederlage in die Bresche zu springen. Es liegt deshalb durchaus die Frage nahe, ob der Reichskanzler den Reichsinnen- und Reichswehrminister wirklich noch im bisherigen Umfange deckt, denn sonst wären nach dem Schauspiel vom Dienstag einige Worte kollegialer Anerkennung und Unterstützung zweifellos am Platze gewesen.

Zum Schluß verteilte Dr. Brüning dann noch einige freundliche Worte an diejenigen Parteigruppen, von denen seine Existenz im Reichstag abhängt. Die Wirtschaftspartei konnte einige Liebenswürdigkeiten über die Bedeutung des Mittelstandes quittieren; des Christlichsozialen Volksdienstes ist die Regierung sowieso sicher. Alles in allem eine kluge und geschickte Rede, die freilich nicht viel bedeutete, stände hinter ihr nicht ein Mann von der Zähigkeit Brünings und wäre sie nicht an der Schwelle einer außenpolitischen Konferenz gehalten, die von gar nicht zu überschätzender Bedeutung ist. Ende Juni, spätestens Anfang Juli, wenn das Ergebnis der Konferenz von Lausanne vorliegt, wird sich erweisen, ob der Achtungserfolg, den Brüning heute davontrug, berechtigt gewesen ist.

(Reichstagsbericht siehe Seite 2.)

Wohin des Wegs?

Von den vier Tagen Reichstagsdebatte dieser Woche hatte niemand besondere Ueberraschungen erwartet. Weder nach der positiven Seite, weil schon der Anlaß der Einberufung ein rein formaler war, noch nach der negativen, weil es gegenwärtig unmöglich erscheint, das Kabinett Brüning durch Abstimmungen zu stürzen. Für das Schicksal der Regierung ist ja nicht mehr der Wille der großen Parteien, sondern nur die Rücksicht auf die kleinsten, eigentlich gar nicht mehr vorhandenen, entscheidend. Das Interesse hat sich darum auf das Verhalten konzentriert, das die großen Gegenspieler der Innenpolitik, Regierung und Zentrumspartei auf der einen Seite und Nationalsozialisten auf der andern, an den Tag legen. Aus ihrer Taktik im parlamentarischen Nahkampf will man deutlicher als aus den Presseauseinandersetzungen Schlüsse ziehen über die Möglichkeiten und Aussichten der Verhandlungen, die erst nach der Reichstagssitzung in Preußen und vielleicht damit zusammenhängend auch im Reich in Gang kommen. Im Vordergrund steht deshalb bei allen Reden und Anträgen dieser Parlamentsschlacht die Frage: wird die Opposition ihre Ablehnung des Zentrumskanzlers auf die Spitze und bis zum Bruch treiben, oder wird sie sich durch den Drang zur Regierungsverantwortung bändigen lassen? Bleibt eine Brücke bestehen, auf der sich das Zentrum und der Nationalsozialismus nachher noch treffen können zu gemeinsamem Handeln oder wird sie endgültig abgebrochen?

Nach drei Tagen der Debatte, denen nur noch ein vierter mit den Abstimmungen folgen soll, ist diese Frage nicht eindeutig zu beantworten. Zunächst schien es zwar, als ob die nationalsozialistische Fraktion von ihrer Führung Anweisung hätte, durch ihr Verhalten die kommenden Verhandlungen mit dem Zentrum nicht zu erschweren. Auf der Linken hatte man sogar gehofft, die Nazi würden zum Zeichen ihrer Friedensbereitschaft auf die Einbringung von Mißtrauensanträgen gegen Brüning verzichten. Ein Beweis für die große Unkenntnis, die in den Reihen ihrer Gegner immer noch über das Wesen der nationalsozialistischen Bewegung herrscht. Natürlich sind die Mißtrauensanträge nicht ausgeblieben und zwar in reichlicher Dosierung, gegen das Kabinett im allgemeinen und gegen einzelne Minister im besonderen. Nach dieser Enttäuschung wurden die weitestgehenden Schlüsse aus der Zurückhaltung der Nationalsozialisten am ersten Tage der Debatte gezogen. Der „Vorwärts" konnte sich gar nicht fassen vor Staunen darüber, daß die Nazi die polemischen Ausfälle Breitscheids gegen Hitler fast teilnahmslos angehört hatten. Er sah schon die Wiederbelebung des Parlamentarismus als Silberstreifen am innerpolitischen Horizont auftauchen, weil sich der sozialdemokratische Redner ausschimpfen konnte, ohne einen Skandal zu provozieren. Dann kam die staatsmännische Rede Straßers mit dem nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffungsprogramm, die den Eindruck verstärkte, daß die Opposition bewußt die Uebernahme der Verantwortung vorbereite.

Alle Hoffnungen, daß sich dieser Wechsel im Rahmen des Systems vollziehen könne, in Gemeinschaft mit Brüning und Groener, wurden aber dann jäh zerschlagen, als Goering auftrat und das SA.-Verbot in den Mittelpunkt seiner kämpferischen Rede stellte. Das war unausgesprochen die bange Frage gewesen, gewissermaßen der Prüfstein für die Regierungsfähigkeit der Nationalsozialisten im Sinne der Mitte: werden sie es über sich bringen, die SA.-Frage aus der Erörterung auszuschalten und die vollendeten Tatsachen hinzunehmen? Auch diese Hoffnung war nur auf völlige Unkenntnis der nationalsozialistischen Bewegung begründet. Hier konnte es für die Nazi kein Ausweichen und kein Kompromiß geben; der Kampf um die SA. mußte mit aller Schärfe durchgefochten werden. In dem Zusammenstoß mit Groener ist dann das eine wenigstens vollkommen klar geworden, daß mit ihm und auch mit Brüning ein Zusammenarbeiten der Nationalsozialisten im Reiche ganz unmöglich ist. Der Gedanke von der „Synthese Brüning-Groener-Hitler" ist nach dieser Scheidung der Geister ausgeträumt. Die moralische Niederlage, welche die Regierung in dieser Auseinandersetzung erlitten hat, bleibt der Gefahrenpunkt für die Abstimmung. Wenn auch weder für die verschiedenen Mißtrauensanträge, noch für den Antrag auf Reichstagsauflösung eine Mehrheit zu erwarten ist, so ist doch die gleiche Sicherheit bezüglich des Antrags auf Aufhebung des SA.-Verbots nicht gegeben. Die Brüning noch stützenden Gruppen der Halbrechten haben sich durch ihre Kundgebungen gegen das SA.-Verbot so festgelegt, daß sie es kaum wagen können, ihren Worten durch die Abstimmung im Reichstag zuwiderzuhandeln. Die Kommunisten müßten grundsätzlich ebenfalls gegen jede Verbotsmaßnahme sein und für jede parlamentarische Aktion, die der Regierung Schwierigkeiten bereitet. Unter diesen Umständen wird es eine schwierige Aufgabe für die Zentrumstaktik sein, die bedrohliche SA.-Klippe am Donnerstag zu umschiffen.

Wenn also durch diese Ereignisse jede Verständigungsmöglichkeit zwischen Brüning-Groener und Hitler abgeschnitten scheint, so gilt doch nicht das gleiche für die Parteien, für das Zentrum und den Nationalsozialis-

Neue polnische Repressalien gegen Danzig

Fischeinfuhr aus Danzig verboten

Berlin, 11. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Zur Verschärfung der wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen gegen Danzig hat die polnische Regierung ganz plötzlich jede Einfuhr von Fischen aus Danzig nach Polen verboten und dadurch einen überaus schweren Notstand für die ohnehin in schwieriger Lage befindliche Danziger Fischerbevölkerung herbeigeführt. Diese neue Kampfmaßnahme ist in zynischer Weise zugleich mit der fortgesetzten Drosselung des Danziger Veredelungsverkehrs gerade zu einer Zeit getroffen worden, wo die Danziger Fischer zufriedenstellende Fischfänge hatten und daraus ihren Lebensunterhalt zu bestreiten hofften. In ihrer verzweifelten Lage haben die Danziger Fischer, während polnische Fischer ungehindert ihre Fischfänge auf den Danziger Markt bringen können, die zuständigen Danziger Stellen um Hilfe angerufen.

Pariser Regierungsbildung erst Anfang Juni

Paris, 11. Mai. In Kreisen, die im allgemeinen gut unterrichtet sind, verlautet, daß Staatspräsident Lebrun die Beratungen über die Kabinettsbildung nicht vor dem 5. oder 6. Juni aufnehmen wird. Die neue Kammer und der Senat treten bekanntlich am 1. Juni zusammen. Die vorbereitenden Arbeiten dürften kaum mehr als drei bis vier Tage in Anspruch nehmen. Die Regierung Tardieu ist nur ermächtigt, die laufenden Angelegenheiten zu erledigen. Sollte bis zum 1. Juni irgendein Ereignis eintreten, das sofortige wichtige Entschlüsse verlangt, so ist die alte Kammer zuständig, die dann sofort einberufen werden müßte.

Nationalratswahlen erst im Herbst

Wien, 11. Mai. Der Verfassungsausschuß des Nationalrates hat den Beschluß gefaßt, den Nationalrat vor Ablauf der Gesetzgebungsperiode aufzulösen.

Für den Antrag stimmten die Sozialdemokraten, die Großdeutschen und der Heimatblock, dagegen die Christlichsozialen und der Landbund. Ein großdeutscher Zusatzantrag, daß der Nationalrat den Termin der Neuwahlen zu Beginn der Herbstsession, also nach dem 15. Oktober, festsetzt, wurde mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokraten angenommen.

Minister Dollfuß führt die Verhandlungen zur Bildung einer bürgerlichen Konzentrationsregierung weiter.

Das geplante österreichische Moratorium

Berlin, 11. Mai. (Eigene Drahtmeld.) Ueber das geplante österreichische Transfermoratorium, das verfügt werden soll, falls nicht eine sofortige Kredithilfe für Oesterreich bewilligt wird, wird aus Wien noch berichtet, daß es mit dem 1. Juli in Kraft treten würde. Nur die Völkerbundsanleihe will man von diesem Transfermoratorium ausnehmen.

SLUB
Wir führen Wissen.